Erzähler vom Westerwald

Mit der achtseitigen Wochenbeilage
Illustriertes Sonntagsblatt.
Aufschrift für Drahtnachrichten:
Erzähler Hachenburg. Fernruf Nr. 72

Hachenburger Tageblatt

Tägliche Nachrichten
für die Gesamtinteressen des Westerwaldgebiets

Mit der Monatsbeilage: Ratgeber für Landwirtschaft, Obst- und Gartenbau.
Druck und Verlag der Buchdruckerei Th. Kirchhübel in Hachenburg.

Nr. 136 | Bezugspreis: vierteljährlich 2.40 M., monatl. 80 Pfg. mit Bringelohn; durch die Post 2,25 M. bezw. 75 Pfg. ohne Bestellgeld. | Während des Krieges müssen die Freideilagen wegfallen. Hachenburg, Donnerstag, den 13. Juni 1918. | Anzeigenpreis (zahlbar im voraus) die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., die Reklamezeile 60 Pfg. | 10. Jahrg.

Kriegs-Chronik

Wichtige Tagesereignisse zum Sammeln.

11. Juni. Siegreiches Vordringen nördlich Compiègne. Höhengelände südwestlich Noyon wird erobert und der Feind auf die Aronde zurückgeworfen. Deutsche Truppen erzwingen den Übergang über die Matz. Die Gefangenenzahl erhöht sich auf mehr als 10 000.

Mehr als fünfzehn Milliarden.

Ergebnis der 8. Kriegsanleihe.

Amtlich wird gemeldet, daß das endgültige Ergebnis der 8. Kriegsanleihe sich nach Ablauf der Feldzeichnungsfrist (18. Mai) nunmehr auf 15 001 425 400 Mark stellt. Die gegenüber der ersten Meldung ausgesprochene Erwartung einer weiteren Erhöhung hat sich also durch Hinzukommen von mehr als einer Viertelmilliarde Mark erfüllt.

*

Der ungarische Finanzminister veröffentlicht eine Aufforderung zur Zeichnung auf die 5½ %ige Staatsrente, die vom 12. Juni bis einschließlich 11. Juli zur Zeichnung aufgelegt wird.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Im Hauptausschuß des Reichstages wurde der Abg. Ebert (Soz.) zum Vorsitzenden, Abg. Stresemann zum Stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Bei der weiteren Beratung des Reichsstempelgesetzes kam es zu einer lebhaften Aussprache über einen Antrag betr. die Verwendung aus Fideikommissen, der abgelehnt wurde.

Zu einer lebhaften Auseinandersetzung in der nationalliberalen Fraktion des preußischen Landtages ist es aus Anlaß der Beratung des Wahlrechtskompromisses, die vor der Sitzung des Parlaments stattfand. Infolger heftiger Angriffe, die gegen ihn gerichtet waren, hat der Abg. Lohmann den Vorsitz niedergelegt, wie es heißt, nach dem Eingreifen des Vizepräsidenten des Staatsministeriums Dr. Friedberg. Sollte Abg. Lohmann wiedergewählt werden, so ist mit einer Spaltung der Partei zu rechnen.

Schweden.

Der Ankauf der gesamten isländischen Wolle durch England hat in ganz Schweden große Bestürzung hervorgerufen, da die großen schwedischen Firmen große Wollvorräte auf Island haben. Es heißt, das entsprechende Abkommen zwischen England und Dänemark sei bereits am 1. Juni in Kraft getreten. Die schwedische Presse fordert das Ministerium des Äußern auf, die Angelegenheit in die Hand zu nehmen, da es sich um einen Eingriff in Gerechtsame schwedischer Geschäftsleute handelt.

Norwegen.

Auf einem Familienabend der deutschen Kolonie in Christiania hielt der deutsche Gesandte Admiral Hintze eine längere Rede, in der er u. a. ausführte: Stärke des Gemüts hilft uns über alles hinweg, läßt unsere Waffen schmieden, läßt uns den Ausblick nicht verlieren für das, was wir uns wünschen für die Zukunft unseres Volkes: Unser Vaterland frei, selbständig und groß. Unser Vaterland, gleichbedeutend mit dem höchsten und heiligsten Begriff: unsere Ehre. Das ist es und nichts anderes, wofür wir kämpfen. Das Ende des Krieges, die Erreichung unserer Ziele, die niemand kränken wollen und für die wir das in Anspruch nehmen, wozu wir das Recht haben, wird auch die Neutralen, die scharf über uns wachen, überzeugen.

Großbritannien.

Das Exekutivkomitee der Arbeiterpartei hat beschlossen, der am 26. Juni in London stattfindenden Konferenz eine Entschließung für Abbruch des Krieges vorzuschlagen. Die Annahme würde den Austritt aus der Arbeiterpartei die Alternative zwischen dem Rücktritt und dem Austritt aus der Partei bedeuten. Man rechnet mit der Parteispaltung. Der Vorgang hat um so größere Bedeutung, als die Konferenz die erste seit der Reorganisation der Labour Party ist. Käme es zur Trennung der Partei, so würde der eine Teil den Kampf gegen Lloyd George mit aller Energie führen.

Rußland.

Auf dem Kongresse der Kriegskommissare hielt Trotzki eine Rede, in der er für die Bildung einer Roten Armee auf Grund der Wehrpflicht eintrat. Er führte aus, daß der Verwaltungsapparat der Armee von der Regierung zerstört worden sei, und daß ein neuer geschaffen werden müsse. Die Republik könne ihr Dasein gegen die Feinde nur mit Hilfe einer schlagfähigen Armee retten. — Herr Trotzki hat also eingesehen, daß es eine Armee mit straffer Disziplin nicht gibt und daß die Armee nur durch die allgemeine Wehrpflicht aufgestellt werden kann.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 11. Juni. Graf Burian ist heute morgen hier eingetroffen. Der Mittwoch soll den Besprechungen des österreichisch-ungarischen Ministers mit den leitenden Stellen gewidmet sein.

Straßburg, 11. Juni. Dem Statthalter Exzellenz v. Dallwitz ist vom Kaiser das Großkreuz des Roten Adlerordens verliehen worden.

Bukarest, 11. Juni. Das technische Personal der rumänischen Eisenbahnen in der Moldau (im nichtbesetzten Gebiet) ist in den Ausstand eingetreten. Wie das Regierungsblatt „Steagul" erklärt, seien die Beamten durch berufsmäßige Agitatoren verleitet.

Rotterdam, 11. Juni. Heute haben in ganz Irland die Frauen das Gelöbnis unterzeichnet, sich der Dienstpflicht zu widersetzen. Sie schwuren keine Männerarbeit zu übernehmen.

Bern, 11. Juni. Der litauische Nationalrat hat in einem Telegramm an die Ministerpräsidenten der Entente gegen den Entschluß des Versailler Kriegsrates, einen Polenstaat mit Zugang zum Meere zu schaffen, protestiert.

Bern, 11. Juni. Nach Pariser Blättern ist Caillaux erkrankt. Ein angesetztes Verhör mußte verschoben werden.

Bern, 11. Juni. In Zürich veranstalteten mehrere hundert Frauen während einer Sitzung des Nationalrates eine stürmische Kundgebung, indem sie sofortige Beschlagnahme aller Lebensmittel forderten.

Annahme des Wahlkompromisses im preuß. Abgeordnetenhaus.

(156. Sitzung.) Berlin, 11. Juni.

Die allgemeine Besprechung über die Wahlrechtsvorlage, mit der die Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses begann, brachte zunächst eine nur aus wenigen Sätzen bestehende Rede des konservativen Führers v. Heydebrand, der die Kompromißanträge empfahl. Der Zentrumsabg. Dr. Porsch führte aus, daß die Zustimmung der Mehrstimmenparteien zu den Sicherungsforderungen des Zentrums einen Teil seiner Partei zum Eintreten für das Kompromiß bestimmt habe; er selbst aber und die überwiegende Mehrheit des Zentrums würden nach wie vor für das gleiche Wahlrecht stimmen. Für die Freikonservativen erklärte Abg. Lüdicke die Zustimmung zu dem Mehrstimmenkompromiß.

Der langen Protestrede des fortschrittlichen Abgeordneten Dr. Pachnicke schlossen sich der polnische und die sozialistischen Redner an. In kurzen Ausführungen erklärte der Minister des Innern Dr. Drews den Kompromißantrag als für die Regierung unannehmbar, wobei er darauf hinwies, daß dieser Antrag noch einige Verschlechterungen gegenüber dem früheren Antrag Lohmann enthalte. Abg. Lohmann verteidigte die Stellungnahme seiner Freunde und dann begann bald die Einzelberatung und unter großer Spannung schritt man schließlich zur Abstimmung. Die Bestimmungen des Kompromisses der Mehrheitsparteien wurden, wie nicht anders zu erwarten, mit erheblicher Mehrheit angenommen.

Sitzungsbericht.

Das Haus ist sehr gut besetzt. Am Regierungstisch wohnen die Minister Dr. Friedberg und Dr. Drews den Verhandlungen bei. Auf der Tagesordnung steht die vierte Lesung der Wahlrechtsvorlage, und nach einer Vereinbarung findet zunächst eine allgemeine Besprechung statt. Daran soll sich die Einzelberatung anschließen. Es folgt dann die Einzelberatung der Herrenhausvorlage, darauf die Einzelberatung des Verfassungsgesetzes. Zum Schluß findet eine Gesamtabstimmung über alle drei Gesetze in einer Abstimmung statt.

Die Anträge.

Es liegt eine Menge von Anträgen vor, von denen der wichtigste in dem von den beiden Rechtsparteien und dem rechten Flügel der Nationalliberalen geschlossenen bekannten Kompromiß besteht, das die allgemeine Wahl mit zwei Zusatzstimmen einführen und die Stelle des durch Ablehnung des von der Regierung vorgeschlagenen gleichen Wahlrechts und des ersten Pluralwahlrechtsantrages in Wegfall gekommenen § 3 des Wahlgesetzes ausfüllen soll. Ein fortschrittlicher Antrag will den § 3 der Regierungsvorlage (gleiches Wahlrecht) wiederherstellen. Ein Antrag Lukas (natl.) will dem § 3 folgende Fassung geben: Jeder Wähler hat eine Stimme.

Das Zentrum hat wieder seine Sicherungs-Anträge eingebracht. Danach sollen der Kirche die Befugnisse und Einkünfte dauernd aufrechterhalten werden. Die Kirchen sollen im Besitze der Stiftungen und Fonds bleiben. Der konfessionelle Charakter der Volksschule soll aufrechterhalten werden. Die Arbeitervertreter des Zentrums Brust, Gronowski u. a. fordern in erster Linie das gleiche Wahlrecht, und haben außerdem eine Reihe von Anträgen eingebracht, die eine Milderung der Kompromißanträge versuchen. Danach soll schon wahlberechtigt sein, wer seit einem halben Jahre in einer Gemeinde wohnt. Ferner beantragen sie die Einführung der Verhältniswahl in einer Reihe von großen Wahlkreisen.

Allgemeine Aussprache.

Abg. Dr. v. Heydebrand (kons.): Ich habe nur eine ganz kurze Erklärung abzugeben. Meine politischen Freunde werden für die Ihnen vorliegenden Kompromißanträge stimmen. Sie entsprechen nicht ganz unseren Ansichten. Aber es erscheint uns notwendig, die entstandene Lücke auszufüllen. Es ist erforderlich, daß eine möglichst große Mehrheit sich für diese Anträge findet. Wir sind der Meinung, daß unsere Anträge im Interesse des Landes liegen und werden daher dafür stimmen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Porsch (Ztr.): Der gestrige Tag hat eine ganz unerwartete Wendung gebracht. Die Parteien, die den Mehrstimmenantrag eingebracht haben, sind bereit, für unsere Sicherungsanträge, soweit sie irgend können, zu stimmen. Das hat meine Freunde in eine außerordentlich schwierige Situation gebracht. Mit Rücksicht auf diese Bereitwilligkeitserklärung derjenigen Parteien, die den Kompromißantrag eingebracht haben, wird derjenige Teil meiner Freunde, der seine endgültige Stellungnahme von dem Verlauf der ganzen Beratung abhängig gemacht hat, ferner mit Rücksicht darauf, daß Volkspartei und Sozialdemokraten die Sicherungsanträge glatt ablehnen, für den Kompromißantrag eintreten. (Stürmisches Hört! Hört! links. — Abg. Hirsch (Soz.): Freunde des gleichen Wahlrechts!) Zweifellos ist es außerordentlich wertvoll, wenn die Sicherungen in das Gesetz aufgenommen werden. Wirklichen und dauernden Wert erlangen diese Sicherungen aber erst dann, wenn es gelingt, mit der Staatsregierung zu einem Einvernehmen zu gelangen. In der Hoffnung, daß das geschieht, und um dem Ausdruck zu geben, werde ich und die überwiegende Mehrzahl meiner Freunde für die Wiederherstellung des § 3 der Regierungsvorlage stimmen. (Bravo! links!) Diejenigen meiner Freunde, welche sich auf den Boden des Kompromißantrages gestellt haben, machen sich damit die Einzelheiten nicht zu eigen. (Heiterkeit.) Die anderen Anträge werden wir wohl einstimmig ablehnen, insbesondere den zweijährigen Wohnsitz und die Dreiviertelmehrheit. (Beifall im Zentr.)

Abg. Lüdicke (frk.): Wir stimmen den Kompromißanträgen durchweg zu (Beifall rechts).

Abg. Dr. Pachnicke (Fortschr. Vp.) erklärt, er könne keine so ganz kurzen Erklärungen abgeben wie die Vorredner und übt dann ausführliche heftige Kritik an dem Kompromiß der Mehrheitsparteien. Der Redner spricht sein großes Bedauern aus, daß sogar ein Teil des Zentrums dem Kompromiß zustimmen will. Unbegreiflich ist ihm auch, daß diese Vorschläge durch den rechten Flügel der nationalliberalen Partei gestützt werden. Man will die ganze Vorlage umkehren und aus dem gleichen ein ungleiches Wahlrecht machen. Die Folge davon müßte der Rücktritt des preußischen Wahlrechtsministers sein, was wiederum den Rücktritt des gesamten Kabinetts Hertling-Payer nach sich ziehen müßte. Der Sieg der Mehrheit ist die Niederlage der Regierung und das ist eben die Absicht.

Die Regierung lehnt den Kompromiß ab.

Ich will nur auf den Kernpunkt der ganzen Vorlage und der Anträge eingehen. Das ist und bleibt der § 3. Der in veränderter Form aufgenommene Antrag Lohmann hat damals bereits von der Regierung die Erklärung ausgelöst, daß es dem Grundgedanken des gleichen Wahlrechts widerspräche, an dem die Regierung unbedingt festhalten müßte. In dem früheren Antrag Lohmann war wenigstens theoretisch dem Arbeiter die Möglichkeit gegeben, durch 10jährigen Wohnsitz eine Zusatzstimme zu erwerben. Nach den vorliegenden Anträgen haben nur die gehobenen Arbeiter, die Vorarbeiter und Rottenführer diese Möglichkeit. Da nicht jeder Arbeiter Vorarbeiter werden kann, der über mindestens 5 Arbeiter die Aufsicht führt, so scheidet von vornherein ein großer Teil unserer Arbeiterschaft von der Erlangung der zweiten Stimme und somit von der gleichen Verteilung des Wahlrechts aus. Dagegen kann der Unternehmer bereits nach einjährigem Wohnsitz die Zusatzstimme bekommen.

Die Regierung muß also auch für diesen Antrag erklären, daß sie auf seinen Boden nicht treten kann, und daß auf dem Boden dieses Antrags ein Zustandekommen der Vorlage für die Regierung ausgeschlossen ist.

Abg. Lucas (natl.): Man braucht kein großer Prophet zu sein, um sich zu sagen, daß die Regierung dem Kompromißantrage nicht zustimmen kann, und ich erkläre für meine Freunde, daß auch wir diesen Antrag rundweg ablehnen. (Beifall links.) Diese Anträge sind schon, jeder für sich betrachtet, recht bedenklich, aber in ihrer Zusammenfassung sind sie ganz unannehmbar. Sie müssen draußen im Lande Entrüstung hervorrufen. Wir halten fest an dem Willen, ein gerechtes und gleiches Wahlrecht einzuführen. Nur auf diesem Wege ist ein gesunder innerer Ausbau des preußischen Staates möglich. (Beifall links.)

Abg. Dr. Lohmann (natl.): Wir bedauern außerordentlich, daß die Verhandlungen nicht früher zustande gekommen sind. Unser Ziel war, einen Teil des Zentrums für unsere Anträge zu gewinnen. Die Herren sind aber erst jetzt nach Berlin gekommen, so daß erst heute morgen der Abschluß des Kompromisses erfolgen konnte. Der Redner wendet sich gegen den Abg. Dr. Pachnicke, geht auf die Entstehungsgeschichte und die Einzelheiten des Kompromisses weiter ein und sagt: Aus Arbeiterkreisen ist mir gesagt worden, daß das gleiche Wahlrecht nicht die gleiche Vertretung aller Stände, sondern nur die Herrschaft eines Standes ist. Wäre die Erregung nicht so groß, so würde nicht verkannt werden, daß unser Antrag eine weitere Verständigungsmöglichkeit bietet und ausdrücklich dazu bestimmt ist, der Verständigung zu dienen. Ich bitte ernstlich zu überlegen, ob Sie nicht den Kompromißparteien und dem Frieden näher kommen können. Diesen zu erreichen ist unser Ziel.

Die Abgg. Korfanty (Pole) und Leinert (Soz.) lehnen den Kompromiß ab und fordern das gleiche Wahlrecht. Abg. Ströbel (U. Soz.) wendet sich gegen die Politik der Mehrheitssozialisten.

Die Abstimmung.

Damit schließt die allgemeine Aussprache und es beginnt die Einzelberatung. Nach § 1 ist vollberechtigt jeder Preuße, der

25 Jahre alt, seit mindestens 3 Jahren staatsangehörig und seit einem Jahr seinen Wohnsitz in der Gemeinde hat. Der Kompromißantrag verlängert diese letztere Frist auf zwei Jahre.

Der Kompromißantrag, der den zweijährigen Aufenthalt vorsieht, wird mit 223 gegen 188 Stimmen angenommen. Dagegen stimmte die Linke und die Mehrheit des Zentrums.

Die Abstimmung war namentlich und mit ihr sind die anderslautenden Anträge erledigt.

Nunmehr wird über den grundlegenden Paragraphen 3 abgestimmt. Die Wiederherstellung des Regierungsvorschlages (gleiches Wahlrecht) wird mit 235 gegen 164 Stimmen abgelehnt, der Kompromißantrag mit 223 gegen 118 Stimmen angenommen.

Damit ist die Regierungsvorlage gefallen und das Zusatzstimmen-Übereinkommen der Mehrheitsparteien angenommen.

Deutscher Reichstag.

(172. Sitzung.) CB. Berlin, 11. Juni.

Am Tische des Bundesrats sieht man den Kriegsminister v. Stein. Auf der Tagesordnung stehen zunächst

Kleine Anfragen.

Abg. Dr. Müller-Meiningen fragt nach den Maßnahmen, die getroffen werden müßten, um dem Vorgehen einzelner Lieferanten zu begegnen, die für teures Geld an das Heer eine Kriegstabakmischung verkauft haben, die zum größten Teil aus Buchenlaub besteht. General v. Oven: Die Kriegstabakmischung ist aus der Not der Zeit entstanden. Aus dieser Not hat man schließlich zu einer Mischung mit Buchenlaub greifen müssen. Die einzelnen Mischungen fallen freilich sehr verschieden aus. Die Klagen sind verhältnismäßig wenig zahlreich. Trotzdem haben wir durch Verfügung vom 13. Mai die Weiterlieferung der Kriegstabakmischung eingestellt. Da jedoch die Tabakvorräte in absehbarer Zeit erschöpft sind, wird man wahrscheinlich doch wieder zu dieser Mischung greifen müssen. Dr. Müller-Meiningen fragt weiter, ob tatsächlich für das hier als Tabak verwendete Laub 10 Mark pro Zentner gezahlt wird, während die Fabrikanten für diesen sogenannten Tabak 500 Mark pro Zentner verlangen. General v. Oven: Die Kriegstabakmischung kostet 5 Mark pro Kilo. Darin sind aber 1,20 Mark Steuer enthalten. (Stürmische Protestrufe: Steuer auf Laub?!) Also bleiben nur 1,90 Mark für das Pfund Tabak. In der Mischung ist auch Tabak enthalten (Widerspruch), der kaum noch zu bezahlen ist. Der Preis für die Mischung ist also nicht zu hoch. Im übrigen rauchen die Soldaten lieber schlechten Tabak als gar keinen.

Abg. Breu (Soz.) klagt über die Ausschaltung der Industrie bei der Ersatzklinkenbeschaffung. Oberstleutnant Koeth begründet, warum die Beschaffung des Ersatzes durch behördliche Regelung erfolgen mußte.

Abg. Dr. Müller-Meiningen bringt den Fall des Bergarbeiters Prager zur Sprache, der im April in Illinois in Nordamerika das Opfer eines Lynchmordes geworden ist. Geheimer Legationsrat Simons bestätigt den Fall. Prager sei tatsächlich gelyncht worden, nur weil er deutschfreundlicher Gesinnung verdächtig war. (Hört! hört!) Der schweizerische Gesandte in Washington hat sofort Aufklärung und Sicherheiten gegen eine Wiederholung verlangt. Auch die Kaiserliche Regierung hat ausdrücklich durch Vermittlung der Schweiz Sühne gefordert. Dr. Müller-Meiningen: In den letzten Tagen hat „Daily Mail" eine ganze Liste ähnlicher Fälle aufgeführt. Ist das der Reichsregierung bekannt? Geheimer Legationsrat Simons: Leider sind tatsächlich viele geborene Deutsche in ähnlicher Weise vergewaltigt und gelyncht worden. Das Auswärtige Amt wird allen diesen Fällen nachgehen.

Es folgen die zurückgestellten Abstimmungen zum Reichsamt des Innern. Die beiden vom Ausschuß gestrichenen Vortragenden Räte werden wieder bewilligt. Der Zentrumsantrag auf Errichtung von Beamtenausschüssen bei den Reichsbetrieben wird angenommen. Die sozialdemokratischen Anträge auf Erhöhung der Familienunterstützung und für den Ausbau der Arbeitsvermittlung werden abgelehnt.

Der Kriegsminister über die Kriegslage.

Die zweite Lesung des Heeresetats wird verbunden mit der ersten Lesung der neu eingebrachten militärischen Gesetzentwürfe. Es sind das die Vorlagen über Heranziehung der Heeresunfähigen zum militärischen Arbeitsdienst, über die Überweisung der ausgebildeten Mannschaften des Landsturms I. Aufgebots an den Beurlaubtenstand, und über Milderungen im Militärstrafgesetzbuch. Zur Einleitung nimmt das Wort

Kriegsminister v. Stein: Der sorgfältig vorbereitete Angriff des Deutschen Kronprinzen gegen die französisch-englische Front am Chemin des Dames hat zu einem großen Schlachterfolge geführt. Der Sieg des Deutschen Kronprinzen wurde damit für die Entente zu einer der schwersten Niederlagen des ganzen Feldzuges.

Große Teile des französischen Heeres sind geschlagen.

Die sogenannte Fochsche Reservearmee besteht zurzeit nicht. Neben dem Verlust an Menschen erlitt der Feind eine gewaltige Einbuße an Kriegsgerät. (Bravo!) Nicht der Zerfall Rußlands hat die Niederlage der Entente verschuldet, es muß vielmehr heißen: Die Hilfe Rußlands hat es der Entente überhaupt erst möglich gemacht, uns militärisch zu widerstehen. Jetzt hoffen sie auf amerikanische Hilfe. Die erschienenen Amerikaner erlitten dasselbe Los wie die anderen. Voller Bewunderung und voller Dankbarkeit blicken wir heute auf unsere unvergleichliche Armee. (Bravo!) Noch ist der Feind zum Frieden nicht gewillt, noch hat das Schwert das Wort, aber es ist scharf geblieben und mit aller Zuversicht sehen wir dem Ausgang entgegen. Zum Schluß begründet der Kriegsminister die drei Militärvorlagen.

Abg. Dr. Wirth (Str.) bringt verschiedene Beschwerden und Wünsche vor.

Abg. **Schöpflin** (Soz.): Die Zustände in den Lazaretten sind vielfach entsetzlich. Die Verwendung von Offiziersburschen für den Lebensmitteltransport von der Front nach der Heimat muß aufhören. Es ist sogar vorgekommen, daß Rote-Kreuz-Schwestern für die Truppen bestimmte Lebensmittel in die Heimat schickten. Die Berliner Arbeiter, die, weil sie am Streik beteiligt waren, an die Front geschickt werden, sind durch die Bezeichnung B. 18 gekennzeichnet und dadurch aller Vergünstigungen beraubt.

Abg. Dr. **Haas** (Vp.): Wir bedürfen der Milderung der Militärstrafen, haben aber schwere Bedenken gegen die Heranziehung von Zuchthäuslern zum militärischen Arbeitsdienst. Unteroffizieren und Mannschaften ist jede Veröffentlichung literarischer und wissenschaftlicher Arbeiten ohne ausdrückliche Genehmigung verboten. Wir sollten froh sein, daß wir solche Leute haben. Es wird im Heere gegen das gleiche Wahlrecht agitiert, das doch der König versprochen hat. Den Ärzten hat man jetzt zwar die Achselstücke gegeben, man hat sie aber gleichzeitig zu Kriegsassistenzärzten auf Widerruf degradiert, so daß junge Leute, die im Kriege erst ihr Staatsexamen gemacht haben, ihnen als Oberärzte vorgesetzt sind.

Weiterberatung morgen.

Der deutsche Tagesbericht.

WTB **Großes Hauptquartier**, 12. Juni. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht: Artilleriekampf wechselnder Stärke. Die Infanterietätigkeit blieb auf Erkundungsgefechte beschränkt.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. In schweren Kämpfen hat die Armee des Generals v. Hutier gestern den erwarteten, zur Wiedereinnahme des Höhenblocks südwestlich von Noyon geführten großen Gegenangriff mehrerer französischer Divisionen zum Scheitern gebracht. Unter schwersten Verlusten wurde der Feind auf seiner ganzen Angriffsfront von Le Ployron bei Antheuil zurückgeworfen. Seine in großer Zahl zum Einsatz gebrachten Panzerwagen liegen zerschossen auf dem Kampffelde. Zwischen Mery und Belloy, wo der feindliche Ansturm an unserem Gegenstoß zerschellte, dauerten erbitterte Kämpfe bis zur Dunkelheit an. Das westliche Oise-Ufer nördlich der Matz-Mündung wurde vom Feinde gesäubert. Die Zahl der von der Armee eingebrachten Gefangenen hat sich auf mehr als 13000 erhöht. Der Verlust der Höhen südwestlich von Noyon zwang den Feind zur Räumung seiner Stellungen im Carlepontwalde auf dem Ostufer der Oise. Dem weichenden Feinde stießen wir über Carlepont und Caisnes scharf nach und erreichten kämpfend die Linie nördlich von Bailly—Tracy-le-Val westlich Nampcel.

Hartnäckig und keine Opfer scheuend, setzte der Feind seine vergeblichen Angriffe nordwestlich von Chateau-Thierry fort. Mehrfacher Ansturm brach hier blutig zusammen.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Abendbericht.

WTB Berlin, 12. Juni. (Amtlich.)

Oertliche Kämpfe auf dem Schlachtfelde südwestlich von Noyon und südlich der Aisne.

•

Unsre Siegesbeweise.

Berlin, 12. Juni. Der Geländegewinn der Deutschen seit dem 21. März beträgt 6566 Quadratkilometer. In dieser Zahl ist der Geländegewinn des Angriffs zwischen Montdidier und Noyon nicht inbegriffen. Der Verband konnte dagegen bei allen seinen großen Schlachten an der Somme, bei Arras und in Flandern lediglich 561 Quadratkilometer in vielen, monatelangen Kämpfen erobern. Die Gefangenenzahl seit dem 21. März ist mit den letzten Erfolgen an der Matz auf 208000 gestiegen.

Wirkung der Beschießung von Paris.

Französische Funksprüche wollen die Welt glauben machen, daß die Beschießung von Paris durch die deutschen Geschütze und Flugzeuge wirkungslos sei. Durch zahlreiche Gefangenenaussagen und Briefe an die Gefangenen wird erneut das Gegenteil bestätigt. Wie die Kölnische Volkszeitung aus zuverlässiger Quelle erfährt, richteten die Geschosse unserer weittragenden Ferngeschütze auch an einzelnen militärisch wertvollen Objekten in Paris Schaden an. Geschosse schlugen z. B. auf dem Ostbahnhof und dem Bahnhof St. Lazare ein. Auch der Quai d'Orsay (das Ministerium des Äußern), der Justizpalast und die Place de la Concorde wurden getroffen. Während der verschiedenen unregelmäßigen Fernbeschießungen stand der Verkehr stundenlang still, was jetzt, angesichts der Unterbindung zahlreicher Verkehrsadern durch die deutschen Erfolge doppelt schwer ins Gewicht fällt.

Kleine Kriegspost.

Stockholm, 11. Juni. Die französische Regierung hat die Abberufung ihres Moskauer Gesandten Noulens, die von der Räteregierung gefordert worden war, verweigert.

Kiew, 11. Juni. Nach Moskauer Berichten sind die tschecho-slawischen gegenrevolutionären Truppen in Sibirien von den Truppen der Sowjetregierung geschlagen worden. Indessen gehen die Kämpfe weiter.

Schlußdienst.

[Draht- und Korrespondenz-Meldungen.]

10500 Tonnen vernichtet.

Berlin, 11. Juni. Amtlich wird gemeldet: Im Sperrgebiet um England sind neuerdings durch die Tätigkeit unserer U-Boote 10500 Br.-Reg.-To. Handelsschiffsraum vernichtet worden.

Der Reichstagspräsident beim Reichskanzler.

Berlin, 11. Juni. Der Reichskanzler Dr. Graf von Hertling empfing den Präsidenten des Reichstages Fehrenbach.

Das Eichenlaub zum Pour le mérite.

Berlin, 11. Juni. Der Kaiser hat dem General der Infanterie v. Eberhardt und dem Generalmajor Maercker das Eichenlaub zum Orden pour le mérite verliehen.

Der Rückzug der Franzosen.

Genf, 11. Juni. Für die nächsten Stunden lassen die ergänzenden Frontberichte Kämpfe um das Antheuiller Plateau voraussehen, von wo die Straße direkt nach Compiègne führt. Als Hauptursache des gestrigen neuen Rückzugs der Franzosen bezeichnet die Militärkritik, daß ausreichende Reserven nicht rechtzeitig im Zentrum aufgeboten wurden, so daß dort auch der wichtige Punkt Marqueglise, südlich von Ressons, verlorenging.

Die deutschen Maschinengewehre.

Genf, 11. Juni. Nach französischen Blättern sind bei der letzten deutschen Offensive mehr Maschinengewehre als je zuvor in Tätigkeit getreten. Die Deutschen, so heißt es, verfügten über Maschinengewehre, die auf leichten Karren ohne jede Schwierigkeit mitgeführt und nach vorn gebracht werden könnten.

Compiègne unter deutschem Feuer.

Genf, 11. Juni. Der „Temps" läßt durchblicken, daß Compiègne seit einigen Tagen unter deutschem Feuer liegt.

Deutsche Volkstage in Österreich.

Wien, 11. Juni. In zahlreichen Städten fast sämtlicher Kronländer Österreichs finden deutsche Volkstage statt, auf denen zu dem Bündnis mit dem Deutschen Reiche, zur Pflege der deutschen Sprache als Staatssprache, zum Schutze der deutschen Minderheiten in den nichtdeutschen Sprachgebieten und zu andern Fragen Stellung genommen wurde. Ein solcher findet in der Volkshalle des Wiener Rathauses ein Tag vor dem Reichsvolkstag statt.

Starker Kanonendonner an der italienischen Front.

Zürich, 11. Juni. Der Kanonendonner an der italienischen Front ist seit einigen Tagen im ganzen Kanton Graubünden deutlich hörbar.

Französische Angriffe in Albanien.

Wien, 11. Juni. Der heutige Heeresbericht meldet, daß die Franzosen in Albanien ihre Angriffe wiederaufgenommen haben.

Ein Mißtrauensvotum gegen Orlando.

Zürich, 11. Juni. Wie die „Italia" berichtet, will der linke Flügel der parlamentarischen Gruppe des passiven Widerstandes dem Kabinett Orlando in der Kammer das Vertrauen verweigern.

Brasiliens Kaffeestapel.

Haag, 11. Juni. Aus Brasilien kommt die Nachricht, daß infolge Tonnagemangels die Verschiffung der letzten Kaffeeernte, die sich auf die riesige Menge von 18 Millionen Sack belief, größtenteils unterbleiben mußte. Infolgedessen seien in Santos, dem wichtigsten Ausfuhrhafen, alle Lagerhäuser belegt.

Oertliche und Provinznachrichten.

Hachenburg, 13. Juni.

• **Waldbrand.** Am Sonntag gegen abend brach in dem Mittelhatterter Gemeindewald, der an den Hachenburger Stadtwald grenzt, ein Brand aus. Auf das Signal der Sturmglocke begaben sich die beiden hiesigen Löschzugmannschaften kommandos sowie anwesende Feuerwehrleute schnellstens nach der Brandstelle. Es gelang, das Feuer noch rechtzeitig einzudämmen, sodaß kein größerer Schaden entstand. Wie der Brand ausgekommen ist, steht noch nicht fest. — Fast alle Waldbrände sind auf leichtsinniges Umgehen mit Feuer und auf achtloses Wegwerfen glimmenden Zigarren- oder Zigarettenresten zurückzuführen. Gerade die Waldungen, die dem Staat und unseren Gemeinden die besten Einnahmequellen bieten, verdienen den allergrößten Schutz. Deshalb ist es nicht zu verstehen, daß es trotz der vielen öffentlichen Warnungen noch Spaziergänger gibt, die ihren Leichtsinn statt der ozonreichen Waldluft den brenzlichen Tabakrauch zuführen. Für solche Leichtfertigkeit, die fahrlässige Brandstiftung bedeutet, ist eine strenge Bestrafung sehr am Platze.

Alpenrod, 11. Juni. Die Sammlung für die Hindenburg-Spende ergab in unserer Gemeinde einschließlich der von der Gemeinde gezeichneten 100 Mark die erfreuliche Summe von 682 Mark.

Frankfurt a. M., 12. Juni. Nach achttägiger Verhandlung vor dem hiesigen Oberkriegsgericht wurde Hauptmann d. L. a. D. Philippi aus Wiesbaden in der Berufungsverhandlung abermals zu einer Gefängnisstrafe von 3 Jahren verurteilt. Außerdem wurde auf seine Entfernung aus dem Heer erkannt.

— Die Landgräfin Mutter Anna von Hessen, eine Prinzessin von Preußen ist heute früh in Phil... Kesselstadt sanft entschlafen.

Mainz, 12. Juni. Heute nachmittag um 45 Min. ereignete sich in der Metallfabrik von Heyl eine Explosion, durch welche ein kleines Betriebsgebäude zerstört wurde. Außer dem Materialschaden sind auch mehrere Menschenopfer zu beklagen. Bis jetzt sind festgestellt 3 Tote und 50—60 Verletzte, darunter 10 Schwerverletzte. Von den letztern ist bisher einer den Wunden erlegen. Der Fortgang des Betriebs ist nicht...

Für die Schriftleitung und Anzeigen verantwortlich:
Theodor Kirchhübel in Hachenburg.

Donnerstag, den 13. Juni 1918, abends läßt Hermann Kimbel die der minderjährigen **Gertrude Emmel** gehörende

Scheune und Stall

(am Joh.-Aug.-Ring)

öffentlich meistbietend in der Gastwirtschaft von Karl Latsch verpachten.

Das Gebäude steht auch zum Verkauf und kann dem Abend eventl. gesteigert werden, jedoch behält sich vormundschaftsgerichtliche Genehmigung vor.

Sonntag den 16. Juni 1918

Theater-Aufführung

des kath. Jungfrauenvereins Hachenburg

im Saale des Herrn Friedrich.

Zur Aufführung gelangt:

1. **Die Macht des Gebets**

Schauspiel in 3 Akten von Marie Gabriel.

2. **Ein Aprilscherz.**

Lustspiel in 2 Akten von Dr. Franz.

Beginn der Aufführung: abends 8 Uhr. Kassenöffnung 7 Uhr.

Eintritt: 1. Platz 1,50 M., 2. Platz 1,00 M.

Karten und Programme sind im Vorverkauf in der Handarbeitsschule (früherer Nassauer Hof) zu haben.

Der Vorstand.

Fensterglas

Scheiben nach Maß

bei

Ferd. Eichelhardt

Schreinermeister

Hachenburg.

Irrigatoren

Gummischläuche

Inhalationsapparate

empfiehlt

Karl Dasbach

Hachenburg